

# Sächsische Elbzeitung.

## Amts- und Anzeigebblatt

für das Königl. Gerichtsam und den Stadtrath zu Schandau und den Stadtgemeinderath zu Hohnstein.

Die „Sächs. Elbzeitung“ erscheint Mittwoch und Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, sowie durch die Expedition dies. Bl. für 1 Mark vierteljährlich zu beziehen. — Inserate für das Mittwochblatt werden bis Dienstag früh 9 Uhr, für das Sonnabendblatt spätestens bis Freitag früh 9 Uhr erbeten. — Preis für die gespaltene Corpuzzeile oder deren Raum 10 Pf., Inserate unter 5 Zeilen werden mit 50 Pf. berechnet, (tabellarische oder complicate nach Uebereinkunft.) — Inserate für die Elbzeitung nehmen an in Hohnstein Herr Bürgermstr. Hesse, in Dresden die Annoncen-Bureau von Haasenstein & Vogler, W. Saalbach, Invalidendank und Rud. Mosse.

№. 62.

Schandau, Sonnabend, den 3. August

1878.

### ○ Rom und Berlin.

Es unterliegt gegenwärtig keinem Zweifel mehr, daß zwischen Rom und Berlin vertrauliche Verhandlungen über Beilegung des bisherigen Konflikts zwischen Staat und Kirche schweben: die ultramontanen Blätter selbst gestehen jetzt die früher auf's lebhafteste von ihnen bestrittene Thatsache zu. Der „Germania“ hält es sogar für nöthig, zur Beruhigung der von ihr beeinflussten Seelen in Deutschland eine direkt aus Rom kommende Epistel zu veröffentlichen, worin versichert wird, die von der Kurie eventuell einzugehenden Abmachungen würden „zum wahren Heile Deutschlands gereichen, selbst wenn sie uns auf den ersten Blick als zu weit gehende Konzessionen erscheinen sollten.“

Wir gestehen, daß uns für alle derartigen Friedensbotschaften bisher der Glaube fehlt. Unseres Erachtens ist ein wahrer, dauernder Friede zwischen zwei Mächten, die sich prinzipiell so feindlich gegenüberstehen, wie die römische Kurie und das neue deutsche Reich, ebenso unmöglich wie zwischen Feuer und Wasser, zwischen Licht und Finsterniß. Bei den Unterhandlungen könnte also nur ein fauler Friede herauskommen, der Deutschland nicht zum Heile gereichen würde. Unter diesen Umständen halten wir es für angemessen, zur Charakterisirung der wahren Gesinnungen der römischen Kurie auf die neuesten Kundgebungen derjenigen Blätter hinzuweisen, welche als die autorisirtesten Organe ihrer eigentlichen Gedanken in Deutschland und in Italien gelten.

Die „Germania“, das Centralorgan des deutschen Ultramontanismus, brachte jüngst unter der Ueberschrift „Katholische Wähler!“ an leitender Stelle einen Wahlanruf, welcher einen glühenden Haß gegen das deutsche Reich und seinen protestantischen Kaiser athmet. Die Katholiken werden darin auf's Dringendste zu möglichst zahlreicher Betheiligung an den bevorstehenden Wahlen und zur Wiederwahl der bisherigen Centrumsmitglieder aufgefordert, um dadurch zu beweisen, daß man den Kaiser falsch berichtet habe, wenn er in seinem Briefe an den Papst erklärte, die Mehrzahl der Katholiken sei mit den Bestrebungen der Centrumsfraktion nicht einverstanden; es wird ferner zum Beweis der Nothwendigkeit des Fortbestehens einer besonderen Centrumsfraktion mit dreifacher Stirn behauptet: das, was man in Preußen während der letzten Jahre erlebt, in Verbindung mit der ganzen brandenburgisch-preussischen Geschichte seit Einführung der Reformation habe nichts anderes gelehrt, als „die unbedingte Nothwendigkeit, daß die Katholiken des Landes fort und fort auf ihrer Hut seien“, um ihre religiösen Interessen zu schützen.

Das in Rom erscheinende Organ des Vatikan, die „Civiltà cattolica“, zieht aber in geschäftiger Weise direkt gegen den deutschen Reichskanzler zu Felde. Dieses selbe Blatt, welches seiner Zeit die Pläne in die Welt hinausposaunt hat, Fürst Bismarck habe sich das Attentat Kullmanns selbst bestellt, um dadurch den milden Kaiser zu Gewaltmaßregeln gegen die Ultramontanen zu drängen, bringt in seinem Hefte vom 20. Juli einen Leitartikel über „die Attentate gegen das Leben des Kaisers Wilhelm“, in welchem es geradezu heißt: Fürst Bismarck sei dadurch, daß er mit der allgemeinen Revolution gemeinsame Sache machte und den Katholicismus, der die Fortschritte des Sozialismus allein hindern könne, unterdrückte, „der eigentliche Urheber des Mordes seines Herrn“ geworden. „Wer die fanatische Wuth dieses Menschen gegen die Kirche kenne“, werde leicht glauben, was gesagt werde, daß er vom Parlament außerordentliche Vollmachten wolle, um sie nicht sowohl gegen die Socialdemokraten als gegen die Katholiken zu gebrauchen. Aber letztere würden sich „durch kein Band mehr gebunden erachten, an eine Regierung, welche sie so grausam mißhandelt in dem, was ihnen das Theuerste sei.“ Der Gedanke,

daß es erlaubt sei, eine tyrannische Regierung zu stürzen, breche sich in dem Maße Bahn, als die Verfolgung der Kirche fortdauere. Zudem habe sich Bismarck in der Annexion von Elsaß-Lothringen einen casus belli in Permanenz geschaffen. Nach diesem Hinweis auf das Vändniß Roms mit der Revolution und Frankreich schließt der ganze gisliche Artikel mit dem höhnischen Ausruf: „Das ist die Befestigung des deutschen Reiches; und der es so geschickt befestigt hat, muß der nicht ein politischer Kopf ersten Ranges genannt werden?“

Der deutsche Reichskanzler ist unzweifelhaft ein zu kluger politischer Kopf, als daß er sich von irgend einem Abgeordneten des Vatikan im Geheimen mit Schmeicheleien und schön klingenden Versprechungen betören lassen sollte, während die notorischen Pressorgane der Kurie ihn öffentlich mit Hohn und Spott überschütten und ihrem Haß gegen das deutsche Reich und dessen protestantischen Kaiser in so cynischer Weise Ausdruck geben.

### Tagesgeschichte.

**Sachsen.** Schandau. Unsere Stadt wird künftigen Montag über acht Tage, den 12. August, einen festlichen Tag seltener Art begehen. Sie wird die Schützengilden von Königstein, Wehlen, Sebnitz, Neustadt, Hohnstein und Schandau, welche auf Grund der Beschlüsse der Delegirtenversammlung vom 26. Mai d. J. zu einem Verbande, dem „Schützenbunde der sächsischen Schweiz“ zusammengetreten sind, in ihren Mauern vereint sehen, da die genannten Gesellschaften an jenem Tage das erste Bundeschießen abhalten wollen.

Schon in der Sitzung, welche der größere Ausschuß der hiesigen Schützengesellschaft am 19. April d. J. abgehalten hat, einigte man sich dahin, daß man zur Zeit und bis auf Weiteres von einem Anschluß an den sächsischen Schützenbund absehen wolle, daß man dagegen die Errichtung eines, die obengenannten Städte umfassenden Bundes in Anregung bringe und an die Vorsteher und Commandanten der betreffenden Schützengesellschaften Einladungen zur Gründung eines Schützenbundes ergehen lassen wolle.

Am 5. Mai fanden die diesbezüglichen Beratungen der Vertreter genannter Schützengilden im hiesigen Schützenhause statt und es erklärten sich dieselben mit den, von dem hiesigen Schützencorps gemachten Vorschlägen vorbehaltlich der Zustimmung der durch sie vertretenen Gilden einverstanden. Man erkannte, wie die Schützengesellschaften jener 6 Städte hinsichtlich der Uniformirung und der localen Verhältnisse einander so nahe stehen, wie zweckmäßig und förderlich es sein müsse, wenn für die Verathung gemeinsamer Angelegenheiten auch ein gemeinsamer Boden geschaffen und wenn in kameradschaftlicher Beziehung größere Fühlung und Annäherung hergestellt würde; man erkannte an, daß es Aufgabe des Bundes sein müsse, an der Hebung und Förderung des Lebens in den Schützencorporationen gemeinsam zu arbeiten, hier und da bestehende Mängel in den Statuten zu beseitigen, ein einheitliches Commando, sowie ein für die aktiven Mitglieder gültiges Reglement einzuführen, Platzwachen zu errichten, etwaige Differenzen der dem Bunde angehörenden Schützengesellschaften zum Ausgleich zu bringen u. s. w. Es wurde beschloffen, einer Delegirtenversammlung, für welche jede Schützengilde 3 Vertreter abzusenden hat, die Verathung und Beschlußfassung über die weiteren Modalitäten, welche die Gründung eines solchen Verbandes erfordern, zu überlassen.

Nachdem von sämtlichen Schützengesellschaften die zustimmenden Erklärungen zu diesen Beschlüssen bei dem hiesigen Commandanten, Herrn Stadtrath Köhr, eingegangen waren, wurde in der obengedachten Delegirtenversammlung vom 26. Mai nach geschäpener Verathung und Annahme eines Statutenentwurfs,

in welchem der angegedante Zweck fixirt worden ist, der „Schützenbund der sächsischen Schweiz“ für constituirt erklärt. Alljährlich findet eine Delegirtenversammlung und ein Schützentag statt, während ein für jedes Jahr zu bestimmender Vorort die Geschäfteleitung in den Bundesangelegenheiten zu übernehmen hat.

Unsere Stadt, welche für dieses Jahr zum Vorort gewählt worden ist und welche schon so manchemal Gäste, die sich zum Zwecke gemeinsamer Beratungen oder zu Vergnügungszwecken in ihr eingefunden haben, gastfreundlich empfangen hat, wird es durch Belundung allgemeiner Theilnahme nicht daran fehlen lassen, ihren Gästen, die sich gewiß zahlreich einstellen werden, den Aufenthalt so angenehm als möglich zu machen; sie wird mit einem freundlichen und herzlichen Willkommen die Bürger unserer Nachbarstädte begrüßen; auch die Spitzen der Behörden und die sonst hierzu geladenen Gäste werden das Bestreben der hiesigen Schützengilde mit ihrem tüchtigen Commandanten und ihrem wackeren Officiercorps durch ihre Theilnahme anerkennen und fördern; der Verlauf des ersten Bundeschießens wird — diese Erwartung ist eine berechnete — den Beweis liefern, daß das Werk, zu dessen Ausführung alle betheiligten Kreise willig und freudig die Hand geboten haben, als ein gelungenes sich darstellen wird.

Die am 31. d. M. erschienene 18. Nummer der Bade- und Fremdenliste weist 260 Parteien mit 676 Personen und 6264 Passanten nach.

Bei der am 30. Juli stattgefundenen Wahl eines Abgeordneten zum Reichstag erhielt in hiesiger Stadt Herr Amtshauptmann von Ehrenstein 187 und Herr Advocat Eysoldt 100 Stimmen. Wie nun der „P. A.“ schreibt, wird nach dem bis jetzt eingegangenen Wahlergebnisse in unserem 8. Wahlkreis jedenfalls eine Stichwahl zwischen den beiden vorgenannten Herren stattfinden.

Noch läßt sich das Gesamtergebnisse der Wahlen im ganzen deutschen Reiche nicht überblicken, aber was charakteristische Thatsachen treten aus den noch lückenhaften Berichten bereits erkennbar hervor: es werden sehr viele Stichwahlen stattfinden müssen, in denen fast überall die liberale Partei mit der Socialdemokratie um den Sieg zu ringen hat.

Ihre Majestäten der König und die Königin werden sich am Sonnabend, den 3. d. Mts., von Pillnitz über Bodenbach begeben, um Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser und König von Preußen daselbst einen Besuch abzustatten. — Von Teplitz werden Ihre königl. Majestäten sich nach dem königl. Jagdschloß Rehefeld begeben und daselbst einen mehrtägigen Aufenthalt nehmen.

Vaut einer erschienenen Ministerialverordnung soll den Wirthschaftsbesitzern innerhalb der an das Königreich Böhmen angrenzenden Amtshauptmannschaften Delnütz, Auerbach, Schwarzenberg, Annaberg, Marienberg, Freiberg, Dippoldiswalde, Pirna, Dautzen, Pöbau und Zittau unter gewissen Bedingungen und Beschränkungen vom 1. August cr. gestattet sein, ihren eigenen Bedarf von Kuh- und Zuchtvieh an Rindern, Schafen und Ziegen aus Böhmen zu beziehen und nach Sachsen einzuführen.

Einer am 27. d. M. von Ministerium des Innern veröffentlichten Uebersicht über die, bei den 168 Sparcassen des Landes in den ersten 6 Monaten d. J. erfolgten Ein- und Rückzahlungen zufolge betragen die Einzahlungen 40,463,372,07 Mark, die Rückzahlungen 38,959,105,00 M., in dem gleichen Zeitraum des vor. J. die erstern 41,391,635,00 M., die letztern 38,995,288,00 M., wonach im ersten Halbjahre 1878 928,162,00 M. weniger ein- und 36,183,17 M. weniger ausgezahlt wurden, als im ersten Halbjahre 1877.

Wegen Verleumdungen des deutschen Kaisers aus Anlaß der wider denselben verübten Attentate sind in das Landesgefängniß Zwickau bis jetzt 20 Personen,